

Ressort: Politik

Zeitung: Athen bietet Gläubigern "Solidaritätssteuer"

Athen, 04.06.2015, 17:52 Uhr

GDN - Die griechische Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras will die Gläubiger offenbar unter anderem mit Privatisierungen und einem Frühverrentungsverbot zu weiteren Milliardenzahlungen bewegen: In der 47 Seiten umfassenden Reformliste, über die der "Tagesspiegel" (Freitagsausgabe) berichtet, schlägt Tsipras auch eine "Solidaritätssteuer" vor, die im laufenden Jahr 220 Millionen Euro und im kommenden Jahr 250 Millionen Euro einbringen soll. Eine Extrasteuer für Gewinne von Großunternehmen soll über eine Milliarde Euro bringen.

Eine Luxussteuer soll 30 Millionen Euro in die Staatskassen spülen. Außerdem wird es den Plänen zufolge künftig für die Griechen nicht mehr möglich sein, vor dem 62. Lebensjahr in Frührente gehen zu können, schreibt die Zeitung. Bisher gebe es im griechischen System zahlreiche Ausnahmen, die teilweise schon eine Verrentung mit 50 Jahren ermöglichten. Das allgemeine Rentenalter würde schrittweise erhöht und die Rentenkassen entlastet werden. Mit Privatisierungen sollen laut der Reformliste bis 2020 rund elf Milliarden Euro eingenommen werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-55629/zeitung-athen-bietet-glaeubigern-solidaritaetssteuer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619